

Stadtverordnetenversammlung

Stadtverordnetenbüro
Auskunft erteilt: Frau Allamode
Berliner Platz 1, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1032
Telefax: 0641 306-2033
E-Mail: stadtverordnetenbuero@giessen.de

Datum: 07.03.2011

Niederschrift

der 39. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am Donnerstag, dem 17.02.2011,
im Stadtverordnetensitzungssaal, Stadthaus, Berliner Platz 1, 35390 Gießen.
Sitzungsdauer: 18:00 - 23:10 Uhr

Anwesend:

Stadtverordnete der CDU-Fraktion:

Herr Dieter Gail **Stadtverordnetenvorsteher**
Herr Jörg Asboe
Herr Diedrich Backhaus
Herr Jürgen Becker
Frau Karen-Heide Bernard
Herr Markus Böhm-Högy
Frau Ursula Bouffier
Herr Dr. Johannes Dittrich
Frau Anja-Verena Helmchen
Herr Prof. Dr. Klaus Kramer
Herr Dieter Kräske
Frau Dorothe Küster
Herr Klaus Peter Möller
Herr Michael Oswald
Herr Axel Pfeffer
Herr Thiemo Roth
Frau Julia-Christina Sator
Herr Jörg Schreiber
Frau Christine Wagener
Frau Ute Wernert-Jahn
Herr Carsten Zörb

Stadtverordnete der SPD-Fraktion:

Herr Wolfgang Bellof
Frau Inge Bietz
Frau Ika Veronika Bordasch

Herr Alfons Buchholz
Frau Astrid Eibelshäuser
Herr Dieter Geißler
Frau Eva Janzen
Frau Ingrid Kaminski
Frau H. Kraushaar-Hoffmann
Frau Dr. Ulrike Krautheim
Herr Rolf Krieger
Frau Elisabeth Langwasser
Herr Gerhard Merz
Herr Christopher Nübel
Herr Burkhard Schirmer
Frau Renate Schlotmann
Herr Peter Sommer
Herr Frank Walter Schmidt
Herr Mehmet Tanriverdi
Herr Andreas Walldorf

(ab 18:45 Uhr)

Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Herr Dr. Wolfgang Deetjen
Herr Gerhard Greilich
Herr Klaus-Dieter Grothe
Frau Maren Kolkhorst
Frau Edith Nürnberger
Herr Christian Otto
Frau Dr. Bettina Speiser

Stadtverordnete der Die Linke.Fraktion:

Frau Erika Beltz
Herr Michael Beltz
Herr Michael Janitzki
Frau Michaela Pukownick

Stadtverordnete der FDP-Fraktion:

Frau Annette Greilich
Herr Dr. Klaus Dieter Greilich
Herr Dr. Martin Preiß

Stadtverordnete der FW-Fraktion:

Herr Heiner Geißler
Herr Johannes Zippel

(bis 22:43 Uhr)

Stadtverordnete der Bürgerliste Gießen:

Frau Elke Koch-Michel

(bis 22:50 Uhr)

Vom Magistrat:

Frau Dietlind Grabe-Bolz	Oberbürgermeisterin
Frau Gerda Weigel-Greilich	Bürgermeisterin
Herr Thomas Rausch	Stadtrat
Herr Harald Scherer	Stadtrat
Frau Karin Bouffier-Pfeffer	Stadträtin
Herr Prof. Dr. H. Brinkmann	Stadtrat
Herr Egon Fritz	Stadtrat
Frau Monika Graulich	Stadträtin
Herr Dr. Bernhard Höpfner	Stadtrat
Frau Susanne Koltermann	Stadträtin
Herr Kenneth Pukownick	Stadtrat
Herr Wolfgang Sahmland	Stadtrat
Herr Dieter Scholz	Stadtrat
Herr Heinz-Peter Wernert	Stadtrat

Von der Verwaltung:

Frau Julia Thon	Dezernat I	
Herr Hartmut Heidl	Büro für Magistrat, Information und Service	(bis 18:45 Uhr)
Herr Dietrich Metz	Leiter des Rechtsamtes	(bis 19:55 Uhr)
Herr Horst-Friedhelm Skib	Stabsstelle Stadtentwicklung	

Vom Ausländerbeirat:

Frau Sarah Stefanos	Vorsitzende
Herr Edin Muharemovic	

Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Herr Dieter Knoth	Büroleiter, Schriftführer
Frau Andrea Allamode	Stellv. Schriftführerin

Entschuldigt:

Frau Susanne Lehne	Fraktion B'90/Die Grünen
--------------------	--------------------------

Stadtverordnetenvorsteher Gail eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist.

Gegen die Form und die Frist der Einladung werden keine Einwände erhoben.

Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz beantragt, ihren Dringlichkeitsantrag „Medienstandort Gießen“ als Tagesordnungspunkt aufzunehmen.

Stadtverordnetenvorsteher Gail stellt fest, dass niemand gegen die Dringlichkeit spricht und lässt über den Dringlichkeitsantrag abstimmen: Die Dringlichkeit des Antrages wird einstimmig beschlossen.

Er schlägt vor, den Antrag als „neuen“ Tagesordnungspunkt 11 zu behandeln. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Stv. Zippel, FW-Fraktion, bittet den TOP 12 - *Entfernung des kriegsverherrlichenden Reliefs an der Bergkaserne*, Antrag der Die Linke.Fraktion vom 24.01.2011, STV/3534 - in Teil C zu behandeln.

Stv. Janitzki, Die Linke.Fraktion, möchte den TOP 17 - *Energiebericht 2010*, Antrag der SPD-Fraktion vom 20.01.2011, STV/3543/2011 - ebenfalls in Teil C behandelt wissen.

Stadtverordnetenvorsteher Gail merkt an, die beiden Anträge werden entsprechend ihrer Drucksachennummer einsortiert. TOP 12 wird TOP 22 - *Neu* - und TOP 17 wird TOP 26 - *Neu* -.

Stv. Möller, CDU-Fraktion, beantragt den Dringlichkeitsantrag „*Standortentscheidung der Fa. Poppe*, Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 17.02.2011“ als Tagesordnungspunkt aufzunehmen.

Vorsitzender stellt fest, dass niemand gegen die Dringlichkeit spricht und lässt über den Dringlichkeitsantrag abstimmen: Die Dringlichkeit des Antrages wird einstimmig beschlossen.

Er schlägt vor, den Antrag als „neuen“ Tagesordnungspunkt 32 zu behandeln. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Sodann ruft **Stadtverordnetenvorsteher Gail** den Antrag auf nicht öffentliche Behandlung des Tagesordnungspunktes 39 - *Bestellung eines Erbbaurechts an einer Teilfläche eines städtischen unbebauten Grundstücks in der Gemarkung Gießen*, Antrag des Magistrats vom 18.01.2011, STV/3521/2011 - auf.

Stv. Janitzki, Die Linke.Fraktion, spricht gegen die nicht öffentliche Behandlung. Es bestehe ein erhebliches öffentliches Interesse an der Kenntnis der Vertragsbindungen.

Abstimmungsergebnis: Der Antrag auf nicht öffentliche Behandlung wird mehrheitlich beschlossen (Ja: CDU/GR/FDP/FW; Nein: SPD/LINKE).

Nachdem keine weiteren Änderungsvorschläge vorgetragen werden, stellt **Vorsteher** fest, dass die Tagesordnung in der geänderten Form beschlossen ist.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Fragestunde
- 1.1. Anfrage gem. § 30 GO der Stv. Bietz vom 03.02.2011 - ANF/3571/2011
Ausbau Gießener Kitas zu Familienzentren
- 1.2. Anfrage gem. 30 § GO des Stv. H. Geißler vom ANF/3572/2011
04.02.2011 - Gesamtkosten Verkehrsversuch Robert-
Sommer-Straße -
- 1.3. Anfrage gem. § 30 GO des Stv. Merz vom 31.01.2011 - ANF/3597/2011
Verkehrssituation Eichgärtenallee
- 1.4. Anfrage gem. § 30 GO des Stv. Schmidt vom ANF/3598/2011
31.01.2011 - Kooperationen zwischen Schulen und
Sportvereinen -
- 1.5. Anfrage gem. § 30 GO der Stv. Schlotmann vom ANF/3599/2011
31.01.2011 - Energiemonitoring für neues Rathaus -
- 1.6. Anfrage gem. § 30 GO des Stv. Beltz vom 09.02.2011 - ANF/3600/2011
Sportverein Blau-Weiß -
- 1.7. Anfrage gem. § 30 GO der Stv. Beltz vom 09.02.2011 - ANF/3601/2011
Schließung des Servicezentrums der VGO -

Teil A *(Vorlagen des Magistrats, die Aussprache ist möglich):*

2. Verleihung der Ehrenbezeichnung Stadtältester STV/3492/2010
- Antrag des Magistrats vom 15.12.2010 -
- 2.1. Aushändigung einer Goldenen Ehrennadel und zwei Silbernen Ehrenplaketten
der Universitätsstadt Gießen sowie Aushändigung der Verleihungsurkunden der
Ehrenbezeichnung Stadtälteste/Stadtältester
3. Entscheidung über die Gültigkeit der STV/3420/2010
Ausländerbeiratswahl vom 07.11.2010
- Antrag des Magistrats vom 20.12.2010 -
4. Wahl von zwei stimmberechtigten Abgeordneten, die die STV/3478/2010
Universitätsstadt Gießen bei der 36. ordentlichen

Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 03. -
05. Mai 2011 in Stuttgart vertreten
- Antrag des Magistrats vom 10.12.2010 -

5. Vorschläge der Universitätsstadt Gießen für die Ernennung von zwei Ortsgerichtsschöffen/-schöffinnen (u. Vertr. d. Vorst.) für das Ortsgericht Gießen IV durch den Präsidenten des Amtsgerichts Gießen
- Antrag des Magistrats vom 16.12.2010 - STV/3494/2010
 6. Bebauungsplan G 10 "Hardtallee", 1. Änderung (Wohnbebauung Teilfläche Herderschule);
hier: Abwägung und Satzungsbeschluss
- Antrag des Magistrats vom 18.01.2011 - STV/3509/2011
 7. Nachtrag zum Wirtschaftsplan der MWB - Mittelhessischen Wasserbetriebe für das Jahr 2011
- Antrag des Magistrats vom 17.01.2011 - STV/3517/2011
 8. Genehmigung einer überplanmäßigen Aufwendung/Auszahlung gemäß § 114g HGO - Amt 51 -
- Antrag des Magistrats vom 18.01.2011 - STV/3522/2011
 9. Städtebaulicher Vertrag zur Bebauung des Grundstücks in Gießen, Flur 3, Nr. 94/13 im Geltungsbereich des Bebauungsplanes "Berliner Platz" mit einem Eingangsgebäude für ein Lichtspielhaus
- Antrag des Magistrats vom 19.01.2011 - STV/3523/2011
 10. Abschluss eines gerichtlichen Vergleichs zwischen dem Landkreis Gießen und der Stadt Gießen betreffend die Abfallgebühren für die Jahre 2005 bis 2007 sowie den Monat Dezember 2008
- Antrag des Magistrats vom 25.01.2011 - STV/3531/2011
 11. Medienstandort Gießen
- Dringlichkeitsantrag der Oberbürgermeisterin vom 16.02.2011 - STV/3607/2011
- Teil B** (Anträge der Fraktionen, die **ohne** Aussprache behandelt werden):
12. Bericht zur Video-Überwachung am Rathaus
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 23.01.2011 - STV/3527/2011
 13. Nutzung Alte Post
- Antrag der Bürgerliste Gießen vom 19.01.2011 - STV/3539/2011

14. Historische Gussformen auf dem Bänninger-Gelände
- Antrag der SPD-Fraktion vom 20.01.2011 - STV/3540/2011
15. Bericht zu den privaten Gärten an der Lahn
- Antrag der SPD-Fraktion vom 20.01.2011 - STV/3541/2011
16. Finanzielle und personelle Ausstattung des
Ordnungsamtes;
hier: Vermehrte Kontrolle von Seiten des Ordnungsamtes
bzgl. des ruhenden Verkehrs
- Antrag der Bürgerliste Gießen vom 19.01.2011 - STV/3542/2011
17. Renovierung der Funktionsräume der Spielvereinigung
Blau-Weiß
- Antrag der Bürgerliste Gießen vom 19.01.2011 - STV/3548/2011
18. Schreiben des MWB bzgl. Wasserversorgung
- Antrag der Bürgerliste Gießen vom 19.01.2011 - STV/3549/2011

Teil C (Anträge der Fraktionen, die **mit** Aussprache behandelt werden können):

19. Ehrung von Ria Deeg, Trägerin der Goldenen Ehrennadel
der Universitätsstadt Gießen
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 19.01.2011 - STV/3524/2011
20. Winterdienst im Stadtgebiet
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 19.01.2011 - STV/3525/2011
21. Ablehnung von Bundeswehrpropaganda an den Schulen
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 24.01.2011 - STV/3533/2011
22. Entfernung des kriegsverherrlichenden Reliefs an der
Bergkaserne
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 24.01.2011 - STV/3534/2011
23. Rücknahme der Anliegergebühren
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 24.01.2011 - STV/3535/2011
24. Rücknahme der anfallenden Kosten bei
Sperrung/Wiederaufnahme der Versorgung mit Strom
und Gas durch die Stadtwerke (SWG)
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 24.01.2011 - STV/3536/2011

25. Sperrung der Philosophenstraße STV/3538/2011
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 24.01.2011 -
26. Energiebericht 2010 STV/3543/2011
- Antrag der SPD-Fraktion vom 20.01.2011 -
27. Ermittlungen in der Siedlung "Hunsbach" STV/3544/2011
- Antrag der BLG vom 19.01.2011 -
28. Erneute Stellungnahme der Denkmalbehörden bzgl. STV/3545/2011
Treppenensemble am Bahnhofsvorplatz
- Antrag der Bürgerliste Gießen vom 19.01.2011 -
29. Berechnung für eine dreispurige Ausbauweise der Konrad- STV/3546/2011
Adenauer-Brücke
- Antrag der Bürgerliste Gießen vom 19.01.2011 -
30. Planungen "Bahnhofsvorplatz"; STV/3547/2011
hier: Fördermittelbeantragung und Zeitraum der
Ausschreibung
- Antrag der BLG vom 19.01.2011 -
31. Aufstellen von Wahltafeln für die Kommunalwahl am STV/3550/2011
27. März
- Antrag der Bürgerliste Gießen vom 19.01.2011 -
32. Standortentscheidung der Firma Poppe
- Dringlichkeitsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis
90/Die Grünen und FDP vom 17.02.2011 -
33. Sportplatz Ringallee für die Spielvereinigung Blau-Weiß STV/3551/2011
Gießen und weitere Nutzer
- Antrag der Bürgerliste Gießen vom 19.01.2011 -
34. Berichts Antrag zum Aufsichtsrat der Stadttheater GmbH
(Antrag der Die Linke.Fraktion vom 19.04.2010 , STV/3032/2010);
hier: Aussprache zum Bericht des Magistrats vom 15.11.2010
35. Bericht zum geplanten Kletterwald am Schiffenberg (Antrag der Die
Linke.Fraktion vom 16.08.2010, STV/3242/2010);
hier: Aussprache zum Bericht des Magistrats vom 10.11.2010

36. Berichts Antrag zur Partizipation heimischer Betriebe an Konjunkturprogrammen (Antrag der SPD-Fraktion vom 07.06.2010 , STV 3131/2010);
hier: Aussprache zum Bericht des Magistrats vom 12.11.2010
37. Bericht Kosten- und Folgekosten Rathausneubau (Antrag der SPD-Fraktion vom 16.08.2010, STV/3255/2010);
hier: Aussprache zum Bericht des Magistrats vom 15.11.2010
38. Verschiedenes

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Fragestunde

1.1. Anfrage gem. § 30 GO der Stv. Bietz vom 03.02.2011 - ANF/3571/2011 Ausbau Gießener Kitas zu Familienzentren

Anfrage:

In der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familien, Jugend und Sport wurde über den Stand und den Ausbau der Gießener Kitas zu Familienzentren berichtet. Ergänzend zu den dort schon beantworteten Fragen, frage ich den Magistrat:

„Laut Aussagen der Jugenddezernentin erhalten 8 Kitas die vorgesehenen personellen Ressourcen (10 Stunden für die Leitung).

Sind diese für die sonstige Arbeit fehlenden Stunden durch Personalzuweisung bei den städtischen Kitas, bzw. Erhöhung der Betriebskostenzuschüsse bei den freien Trägern ausgeglichen worden?“

Antwort Bürgermeisterin Weigel-Greilich: *„Es gab eine personelle Erhöhung um 0,25 Stellen in den städtischen Kitas; dann gab es Sachkosten für die städtischen Kitas, erstmalig in 2011 in den Haushalt eingeplant; in den Vorjahren wurde diese Lücke aus den allgemeinen Mitteln finanziert. Und die freien Träger haben in den Betriebskostenabrechnungsverträgen eine Sachkostenpauschale i. H. v. 12.000,- € festgeschrieben und der Stellenanteil ist im verhandelten Stellenplan festgeschrieben und die Stellen z.B. bei den städt. Kitas sind aus der Übergang der Anne-Frank Straße finanziert worden (nicht verständlich).“*

Zusatzfrage Stv. Bietz: *„Was heißt finanziert worden, haben die Kitas 17 Std. als Ausgleich bekommen?“*

Antwort Bürgermeisterin Weigel-Greilich: *„Ja, die Anne-Frank Straße wurde an den Freien Träger übergeben und die Stellen, die da frei geworden sind, sind u. a. dazu verwendet worden.“*

**1.2. Anfrage gem. 30 § GO des Stv. H. Geißler vom ANF/3572/2011
04.02.2011 - Gesamtkosten Verkehrsversuch Robert-
Sommer-Straße -**

Anfrage:

Bezug nehmend auf den kurzzeitigen Verkehrsversuch/die Sperrung der Robert-Sommer-Straße frage ich gem. § 30 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen den Magistrat:

„Welche Gesamtkosten (Absperrung, Ampelumschaltung, Beschilderung, Anwohnerinformation u. ä.) sind für den Verkehrsversuch angefallen.“

Antwort Stadtrat Rausch: *„Ihre Frage vom 04.02.2011 beantwortet der Magistrat dahingehend, dass Gesamtkosten von rd. 46.000 € angefallen sind.“*

**1.3. Anfrage gem. § 30 GO des Stv. Merz vom 31.01.2011 - ANF/3597/2011
Verkehrssituation Eichgärtenallee**

Anfrage:

Vorbemerkung: Seit geraumer Zeit klagen Anwohnerinnen und Anwohner der Eichgärtenallee über eine zu hohe Verkehrsbelastung, zu hohe Geschwindigkeiten und fehlende Fußgängerüberwege.

„Wie beurteilt der Magistrat die Verkehrssituation in der Eichgärtenallee, insbesondere die Entwicklung des motorisierten Verkehrs und die Parksituation?“

Antwort Stadtrat Rausch:

„Die Verkehrssituation in der Eichgärtenallee entspricht seit Jahren der einer Straße mit überörtlicher Verkehrsbedeutung. Bei der Straße handelt es sich um eine verkehrsbedeutende innerstädtische Straße, die einen hohen Erschließungscharakter hat. Sie stellt zum Autobahnanschluss Ursulum in beide Fahrrichtungen die Anbindung dar. Sie ist einzige Zufahrtsstrecke für die Rettungsleitstelle des Deutschen Roten Kreuzes, wichtige Zubringerstrecke für die Fachhochschule und Verbindungsstraße zwischen evangelischer Siedlung, Ursulum und Innenstadt. Zudem wird auch Buslinienverkehr als wichtiger Teil der Infrastruktur über die Eichgärtenallee abgewickelt. Städtischerseits wurde bereits vor Jahren sowohl das Gebiet ev. Siedlung als auch die Wohnbereiche zwischen Eichgärtenallee und Grünberger Straße inkl. Wolfstraße bis zur Moltkestraße zur Tempo 30-Zone erklärt. Damit sind lediglich die verkehrsbedeutenden Zubringerstraßen Eichgärtenallee und Grünberger Straße ohne Einschränkungen in diesem Stadtteil befahrbar.

Durch die Verkehrsberuhigungen im Viertel hat die Stadt sich klar für jüngere und ältere Menschen, die Lebensqualität und für die Besonderheiten verschiedener Einrichtungen von Krabbelstube bis Kindergarten und AWO-Altenheim entschieden und ein klares Zeichen für eine Verbesserung der Wohnsituation aufgezeigt. Darüber hinaus gibt es in der Eichgärtenallee bereits zwei Kontrollstellen für Radarmessungen, die regelmäßig

bedient werden und wo auch, wie bei vielen anderen Verkehrskontrollstellen, keine übermäßigen Ausschreitungen bei den gefahrenen Geschwindigkeiten festgestellt werden. Zusätzlich hat die Stadt in den vergangenen Jahren ab August-Messer-Straße stadtauswärts einen kombinierten Fuß-/Radweg geschaffen, der Richtung Rudolf-Diesel-Straße ins Ursulum weitergeführt wurde.

Außerdem ist die Fahrbahn der Eichgärtenallee durch die parkenden Autos und mehrere Verengungen so schmal gestaltet, dass dort kaum schnell gefahren werden kann, wie auch die Geschwindigkeitsmessungen bestätigen. Aktuell muss von einem etwas höheren Verkehrsaufkommen in der Eichgärtenallee ausgegangen werden, da die Philosophenstraße zur Zeit gesperrt ist. Diesem Umstand soll aber - wie bereits öffentlich mitgeteilt - möglichst bald abgeholfen werden.“

1. Zusatzfrage: „Ist es zutreffend, dass bereits vor zwei Jahren den Anwohnerinnen und Anwohnern in der Eichgärtenallee die Einrichtung eines Fußgängerüberwegs in Höhe August-Messer-Straße zugesagt wurde und warum ist das bisher nicht erfolgt?“

Antwort Stadtrat Rausch: „Eine solche Zusage hat es vor 2 Jahren an die Anwohnerschaft so nicht gegeben, sondern lediglich die Zusage, dass man entsprechende Verkehrszählungen vornimmt, um die überörtliche Bedeutung und Verkehrsbelastung dieser Straße ‚Eichgärtenallee‘ festzustellen und dann weiterhin zu versuchen, bei der oberen Straßenverkehrsbehörde eine Genehmigung für einen entsprechenden Fußgängerüberweg in Höhe August-Messer-Straße zu erhalten. Dieses Ziel ist auch weiter verfolgt worden und konnte mit der Genehmigung hinsichtlich der Errichtung eines Fußgängerüberweges in Höhe Einmündung August-Messer-Straße abgeschlossen werden. Die Planungen zu dem Projekt unter Beachtung der einschlägigen Richtlinien (Beleuchtung, Beschilderung) laufen zur Zeit intensiv, um im Frühjahr des Jahres eine entsprechende Fußgängerquerung in Höhe der August-Messer-Straße zu schaffen.“

2. Zusatzfrage: „Welche verkehrlichen Veränderungen plant der Magistrat, um die mit der Landesgartenschau 2014 verbundene Verkehrsbelastung in der Eichgärtenallee auf ein für Anwohner erträgliches Maß zu regulieren?“

Antwort Stadtrat Rausch: „Hinsichtlich verkehrlicher Veränderungen für das gesamte Viertel zum Termin der Landesgartenschau können heute noch keine Aussagen getroffen werden, da hierfür die Planungen zur Zeit erst anlaufen.“

**1.4. Anfrage gem. § 30 GO des Stv. Schmidt vom 31.01.2011 ANF/3598/2011
- Kooperationen zwischen Schulen und Sportvereinen -**

Anfrage:

Vorbemerkung: Das Projekt „Schule und Sportverein“ gibt Schulen seit 1992 die Möglichkeit, personelle und sachliche Unterstützungen zum Aufbau eines breiten- und freizeitsportlichen Angebots im Rahmen schulischer Nachmittagsbetreuung mit dem Ziel zu bekommen, qualifizierte, bewegungsorientierte

Angebote in der Zusammenarbeit von Schulen und Sportvereinen aufzubauen und zu etablieren.

Im Gießener Anzeiger vom 31. Dezember 2010 stand zu lesen, dass das Hessische Kultusministerium für das seit 1992 erfolgreich arbeitende Projekt Mittel gekürzt hat.

„Wieviele Kooperationen zwischen Schulen und Sportvereinen gibt es in Gießen derzeit, die von dem Programm gefördert werden?“

Antwort Stadtrat Scherer: *„Derzeit gibt es 11 Schulen, die von dem Projekt Schule und Sportverein gefördert werden.“*

1. Zusatzfrage: *„Bei wie vielen und bei welchen der derzeit existierenden Kooperationen sind Mittelkürzungen zu erwarten?“*

Antwort Stadtrat Scherer: *„Diese Schulen haben dieselbe Zuweisung, wie im Jahr zuvor erhalten. Die Stundenzuweisung gilt für den gesamten Schulamtsbezirk Vogelsbergkreis, Landkreis Gießen und Stadt Gießen. Allerdings kann es Diskrepanzen geben zwischen dem was die Schule beantragt und was ihr zugewiesen wird.“*

Der Verteilerschlüssel sah bisher wie folgt aus:

0 - 150 Schüler	1 Übungsleiterstunde
151 - 500 Schüler	2 Übungsleiterstunden
501 - 1000 Schüler	3 Übungsleiterstunden
über 1000 Schüler	4 Übungsleiterstunden

Es gab und gibt Schulen, auch aus der Stadt, die 10 und mehr Stunden beantragt haben.

Bei der Zuweisung kann man dann aber nicht mehr von Kürzung reden.“

2. Zusatzfrage: *„Welche Kompensationsmaßnahmen hält der Magistrat für denkbar und sinnvoll?“*

Antwort Stadtrat Scherer: *„Da es keine Kürzungen gibt, werden auch keine Kompensationsmaßnahmen erforderlich.“*

**1.5. Anfrage gem. § 30 GO der Stv. Schlotmann vom
31.01.2011 - Energiemonitoring für neues Rathaus -**

ANF/3599/2011

Anfrage:

Vorbemerkung: Für das Rathaus sollte nach 1 Jahr dem Stadtparlament ein Vergleich des geplanten und des realisierten Energiekonzepts, aufgeschlüsselt nach Wärme/Kälte, Stromverbrauch/Stromerzeugung, sowie das Beleuchtungskonzept, vorgelegt werden. **Frage:**

„Wie sieht der Vergleich, getrennt nach Verwaltungs- und Kulturrathaus, aus?“

1. Zusatzfrage:

„Wie sieht die Bilanz im Vergleich zum alten Rathaus, einschließlich der Abhängigkeiten, aus?“

Antwort Stadtrat Rausch:

„Eine Beantwortung im Sinne der Vorbemerkung und der Fragestellung ist nicht möglich, da die generelle Trennung in Verwaltungshaus und Stadthaus messtechnisch nicht in allen Teilen gegeben ist. Da bei den früheren Abhängigkeiten die Energiekosten nicht eindeutig zugeordnet werden können, es keine Tiefgarage gab, keine Bibliothek in dieser Größe, Konzertsaal etc. bei dem vorliegenden Zahlenmaterial insofern viele Annahmen getroffen werden, die letztendlich nicht belastbar sind.

Für das neue Rathaus ist folgendes festzuhalten:

Das Gebäude wurde in der Zeit von Februar bis Mai 2009 von den städtischen Ämtern bezogen. Daraus ergibt sich, dass bei 5-jähriger Gewährleistung der Gewerke diese bis in das Jahr 2013 andauert. Umfangreiche Veränderungen zur energetischen Optimierung des Gebäudes können ohne den Verlust der Gewährleistungsansprüche erst nach Ablauf der Gewährleistungsfrist umgesetzt werden.

Das Gebäude verfügte ursprünglich nicht über die technische Ausrüstung, den Energieverbrauch in organisatorisch vertretbarem Umfang der einzelnen Verbrauchsstellen und Ämter zu messen. Mit Ablauf des 6. KW 2011 ist es aufgrund der Inbetriebnahme des vom Hochbauamt nachträglich eingebauten Energie-Mess-Systems möglich, den Stromverbrauch aller Ämter und Verbrauchsstellen (z. B. Polizei) einzeln zu erfassen und darzustellen. Um verlässliche Daten zu erheben und auszuwerten, sollten jedoch Daten der Zähler von mindestens 12 Monaten erfasst werden. Eine Darstellung ist zurzeit verfrüht.

Ungeachtet der Problematik der Gewährleistung wurden und werden ständig Maßnahmen zur Optimierung des Energieverbrauchs des Gebäudes durchgeführt, wie zum Beispiel Einbau von Schaltuhren bei den Heißwasserbereitern, welche die Heizzeit auf die Betriebszeit reduzieren, Optimierung der Präsenzmelder, Einsatz energieeffizienter Leuchtmittel usw..

Bei den Lüftungs-, Kälte- und Heizanlagen erfolgt eine ständige Optimierung und Feinanpassung der Regeleinrichtungen und Systeme. Der Erfolg der Maßnahmen kann erst tendenziell nach 12 Monaten, verlässlich nach 2 bis 3 Jahren der Nutzung dargestellt werden.

In der zurückliegenden Nutzungszeit ist ferner zu berücksichtigen, dass es auf Grund der in den ersten ein bis zwei Jahren vorhandenen Baufeuchte zu falschen Verbrauchswerten kommen kann. Eine getrennte Erfassung von Kälte, Wärme und Fernwärme von Stadt- und Verwaltungshaus ist aufgrund der vorhandenen Rohrführung zurzeit und auch in Zukunft nicht möglich.

Die erzeugte Energie aus der Photovoltaikanlage ist als Anlage beigefügt.“

1.6. Anfrage gem. § 30 GO des Stv. Beltz vom 09.02.2011 - ANF/3600/2011
Sportverein Blau-Weiß -

Anfrage:

„Liegt für den Sportverein Blau-Weiß eine konkrete Zusage vor, wann genau - in welchem Jahr, in welchem Monat - der Platz an der Ringallee wieder benutzbar sein wird?“

Antwort Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz:

„Die Debatte um den Verbleib der Spielvereinigung Blau-Weiß Gießen e.V. während der Landesgartenschau und den damit einhergehenden Vor- und Nachbereitungen wurde im Jahr 2010 kontrovers geführt. Letztlich beschloss die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen, dass der Verein seinen angestammten Platz an der Ringallee während dieser Zeit nicht nutzen könne. In Folge des Beschlusses wurden Verhandlungen zwischen Stadt und Verein aufgenommen, um die Frage nach dem Spielbetrieb, dem Verbleib des Vereinsheims und anderen Themen einvernehmlich zu regeln. Die Verhandlungsführer der Spielvereinigung Blau-Weiß Gießen e.V. verlangen eine verbindliche Zusage durch den Magistrat zur Vorgehensweise der Umsiedlung und der späteren Rückführung ihres Spielbetriebs im Zusammenhang mit der Durchführung der Landesgartenschau. Der Magistrat hat dazu einen Vertragstext entworfen, der noch nicht abschließend verhandelt ist. Klar ist, dass der Verein gesichert an den Sportplatz an der Ringallee nach der Durchführung der Landesgartenschau zurückkehren kann. Dies korrespondiert auch mit dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 12. Mai 2010, Top 5, Nr. 4, an den der Magistrat gebunden ist. Damit gilt: „Nach Beendigung der Landesgartenschau wird der Sportplatz wieder als prioritäre Maßnahme für den Spielbetrieb ab 2015 hergerichtet. Aus der Erfahrung der vergangenen Jahre ist zu erwarten, dass der Spielbetrieb der Saison 2015/2016 im August oder September 2015 beginnen wird.“

1. Zusatzfrage: *„Beinhaltet die allgemein getroffene Zusage der zukünftigen Bespielbarkeit des Sportplatzes auch die Installierung eines Kunstrasens?“*

Antwort Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz: *„Nein. Da die Stadtverordnetenversammlung über die Verwendung der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel entscheidet, kann der Magistrat ohne entsprechenden Beschluss der Stadtverordnetenversammlung diese Zusage nicht abgeben.“*

2. Zusatzfrage: *„Wie werden die dem Verein durch die zeitweilige Verlegung seines angestammten Sportplatzes zugefügten Schäden nicht nur materieller Art wieder gut gemacht?“*

Antwort Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz: *„Dem Magistrat ist bewusst, dass eine zeitweise Verlagerung des Spielbetriebs und damit des Vereinslebens eine erhebliche Verschlechterung der Vereinssituation bedeutet. Gerade für einen Verein, wie die Spielvereinigung Blau-Weiß Gießen e.V., der in der Nordstadt eng verwurzelt ist, stellt*

dies einen besonderen Einschnitt dar. Nach Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 12. Mai 2010, Top 5, Nr. 2 und 3 werden dem Verein Ersatzflächen zur Verfügung gestellt und Unterstützung zum Beispiel für den Transport der Kinder und Jugendlichen angeboten. Andere Unterstützungen können im Laufe der weiteren Verhandlungen besprochen und verabredet werden.“

**1.7. Anfrage gem. § 30 GO der Stv. Beltz vom 09.02.2011 - ANF/3601/2011
Schließung des Servicezentrums der VGO -**

Anfrage:

Vor dem Hintergrund der längerfristig drohenden Schließung des Servicezentrums der VGO im Neuen Weg frage ich den Magistrat:
„Gibt es genaue Vorstellungen, wann dieses geschlossen werden soll?“

Antwort Stadtrat Rausch: „Nein.“

1. Zusatzfrage: *„Gibt es Überlegungen, wo nach einer eventuellen Schließung die dort gebotenen Dienstleistung, wie z.B. Fahrkarten ohne Zuschlag, die insbesondere von älteren Menschen in Anspruch genommen werden, erhältlich sein werden?“*

Antwort Stadtrat Rausch: *„Nein. Dies ist alles Sache des Landkreises Gießen und der VGO.“*

Teil A (Vorlagen des Magistrats, die Aussprache ist möglich):

**2. Verleihung der Ehrenbezeichnung Stadtältester STV/3492/2010
- Antrag des Magistrats vom 15.12.2010 -**

Antrag:

„Die Ehrenbezeichnung Stadtälteste/Stadtältester wird an

**Herrn Stadtrat
Professor Dr. Heinrich Brinkmann**

**Herrn
Helmut Volkmann
Fraktionsvorsitzender der SPD im Ortsbeirat Gießen-Kleinlinden,**

verliehen.“

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

2.1. Aushändigung einer Goldenen Ehrennadel und zwei Silbernen Ehrenplaketten der Universitätsstadt Gießen sowie Aushändigung der Verleihungsurkunden der Ehrenbezeichnung Stadtälteste/Stadtältester

Für ihr ehrenamtliches Engagement werden die nachstehenden Personen mit der Ehrenbezeichnung Stadtältester, der Goldenen Ehrennadel und der Silbernen Ehrenplakette der Universitätsstadt Gießen durch Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz ausgezeichnet:

- Frau Stadtverordnete Renate Schlotmann (Goldene Ehrennadel)
- Herr Stadtrat Prof. Dr. Heinrich Brinkmann (Stadtältester und Silberne Ehrenplakette)
- Herr Helmut Volkmann, Mitglied des Ortsbeirates Kleinlinden (Stadtältester und Silberne Ehrenplakette)

**3. Entscheidung über die Gültigkeit der Ausländerbeiratswahl vom 07.11.2010 STV/3420/2010
- Antrag des Magistrats vom 20.12.2010 -**

Antrag:

„Die Wahl des Ausländerbeirates der Universitätsstadt Gießen vom 07.11.2010 wird für gültig erklärt.“

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

**4. Wahl von zwei stimmberechtigten Abgeordneten, die die Universitätsstadt Gießen bei der 36. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 03. - 05. Mai 2011 in Stuttgart vertreten STV/3478/2010
- Antrag des Magistrats vom 10.12.2010 -**

Antrag:

„Als stimmberechtigte Abgeordnete, die die Universitätsstadt Gießen bei der 36. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Stuttgart vertreten, werden gewählt:

1. Herr Dieter Gail
2. Herr Burkhard Schirmer.“

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

5. **Vorschläge der Universitätsstadt Gießen für die Ernennung von zwei Ortsgerichtsschöffen/-schöffinnen (u. Vertr. d. Vorst.) für das Ortsgericht Gießen IV durch den Präsidenten des Amtsgerichts Gießen** **STV/3494/2010**
- Antrag des Magistrats vom 16.12.2010 -
-

Antrag:

„Die Universitätsstadt Gießen schlägt für die Ernennung zur a) Ortsgerichtsschöffin und b) zum Ortsgerichtsschöffen und 2. Vertreters des Ortsgerichtsvorstehers des Ortsgerichts Gießen IV (Lützellinden) durch den Präsidenten des Amtsgerichts vor:

- a) Frau Irmgard **Zörb**
- b) Herrn Walter **Schnorr.**“

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

6. **Bebauungsplan G 10 "Hardtallee", 1. Änderung (Wohnbebauung Teilfläche Herderschule); hier: Abwägung und Satzungsbeschluss** **STV/3509/2011**
- Antrag des Magistrats vom 18.01.2011 -
-

Antrag:

„1. Die im Rahmen der Beteiligung von Trägern öffentlicher Belange zur Entwurfsoffenlegung nach § 4 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie von Seiten der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 2 BauGB vorgebrachten Anregungen wurden gemäß §§ 1 Abs.5, 6 und 7 sowie 1a BauGB geprüft. Das in der Anlage 1 dargestellte Prüfergebnis wird beschlossen.

2. Der Bebauungsplan (Anlage 2) wird mit seinen zeichnerischen und textlichen Festsetzungen sowie den nach § 81 Hessische Bauordnung (HBO) i. V. m. § 9 Abs. 4 BauGB integrierten bauordnungsrechtlichen Festsetzungen gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen. Die Begründung wird beschlossen.

3. Der Magistrat wird beauftragt, den Satzungsbeschluss ortsüblich bekannt zu machen.“

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen (Ja: CDU/SPD/GR/FDP/FW; Nein: 1 LINKE; StE: 3 LINKE/BLG).

7. **Nachtrag zum Wirtschaftsplan der MWB - Mittelhessischen Wasserbetriebe für das Jahr 2011** **STV/3517/2011**
- Antrag des Magistrats vom 17.01.2011 -
-

Antrag:

Dem Nachtrag zum Wirtschaftsplan der MWB – Mittelhessischen Wasserbetriebe für das Jahr 2011 wird in der vorliegenden Form zugestimmt:

I. Erfolgsplan

Erträge insgesamt	27.370 T€
Aufwendungen insgesamt	<u>27.789 T€</u>
Ergebnis der Gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	<u>- 419 T€</u>

II. Vermögensplan

1. Einnahmen

Zuführung zu Rücklage (Landeszuschüsse)	210 T€
Zuführung zu Sonderposten mit Rücklagenanteil	
Baukostenzuschüsse Gemeinden u. Verbände	1.022 T€
Abschreibungen und Anlagenabgänge	6.173 T€
Zuschüsse Nutzungsberechtigter abzüglich Pos C	
Passivseite (Abwasserbeitrag, Hausanschlüsse)	- 464 T€
Kredite	<u>10.486 T€</u>
	<u>17.427 T€</u>

2. Ausgaben

Investitionen Sachanlagen Klärwerk und Kanalnetz	7.841 T€
Tilgung von Krediten	<u>9.586 T€</u>
	<u>17.427 T€</u>

Kassenkredite

Der Gesamtbetrag der Kredite wird auf 9.500 T€ festgesetzt

III. Stellenübersicht

	Anzahl der Stellen
Mitarbeiter (ehem. Arbeiter + Angestellte)	65
Angestellte (Sonderregelung)	2
Auszubildende	3

An der Aussprache beteiligen sich Stv. Janitzki und Stadtrat Rausch.

Beratungsergebnis:

Einstimmig beschlossen (Ja: CDU/SPD/GR/FDP/FW/BLG; StE: LINKE).

**8. Genehmigung einer überplanmäßigen Aufwendung/Auszahlung gemäß § 114g HGO - Amt 51 - STV/3522/2011
- Antrag des Magistrats vom 18.01.2011 -**

Antrag:

„Bei dem Kostenträger 0643010200 - Leist. gem. §§ 13, 19, 20, 27-35a, 41, 42 SGB VIII - wird eine überplanmäßige Aufwendung/Auszahlung in Höhe von

1.100.000,00 €

genehmigt.

Deckung aus

Kostenträger 0641020200

- Förd. freier Träger Betreuungseinricht. Schulkinder - 200.000,00 €

Kostenträger 1682010100

- Finanzwirtschaft allgemein - 900.000,00 €.“

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

**9. Städtebaulicher Vertrag zur Bebauung des Grundstücks in STV/3523/2011
Gießen, Flur 3, Nr. 94/13 im Geltungsbereich des
Bebauungsplanes "Berliner Platz" mit einem
Eingangsgebäude für ein Lichtspielhaus
- Antrag des Magistrats vom 19.01.2011 -**

Antrag:

„1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den aus der Anlage 1 hervorgehenden Entwurf eines städtebaulichen Vertrags als weitgehend zu Ende verhandelte Grundlage für die städtebauliche Gestaltung des Kinoneubaus und für die in diesem Zusammenhang zu treffenden städtebaulichen Regelungen. Eckpunkte sind:

1.1 Gestaltung

1.1.1 Die Fassaden des Gebäudes auf dem Erbbaugrundstück bestehen aus Glas und Naturstein. Es wird ein gleichartiger und gleichfarbiger Naturstein wie beim Rathaus mit entsprechender Größe und entsprechendem Fugenbild verwendet. Aluminiumprofile und Glasflächenkonstruktionen werden ebenfalls wie beim Rathaus gestaltet. Die Anordnung der Fassadenelemente ergibt sich aus der Anlage 2 zu dem Vertragsentwurf.

1.1.2 Die erforderlichen Fluchttreppen sind hinsichtlich ihrer Konstruktion und Farbe mit der Stadt abzustimmen und durch Wandscheiben weitgehend zu verdecken. Dachaufbauten wie Lüftungsmobile, Rauchabzüge und andere Anlagen auf dem Erbbaugrundstück sind einzuhausen. Sie sind durch Lamellenstrukturen in

hellgrauer Farbe zu verkleiden.

- 1.2 Altlasten
Die Stadt übernimmt die Mehrkosten, die dann entstehen, wenn anlässlich von Bauarbeiten baubegleitend Altlasten saniert werden müssen.
- 1.3 Baustelle
Der Vorhabenträger darf städtische Flächen einschließlich öffentlicher Verkehrsflächen bis zum 30.7.2012 zur Baustelleneinrichtung nutzen. Er muss zu diesem Zeitpunkt die Freiflächengestaltung auf diesen Flächen abnahmefähig abgeschlossen haben.
- 1.4 Der Magistrat wird beauftragt, weitere Verhandlungen über die Teile des Vertrags zu führen, die vorstehend nicht als Eckpunkte bezeichnet sind, und den Vertrag in der dann ausgehandelten Form abschließen.
- 1.5 Der Magistrat legt den Vertragstext der Stadtverordnetenversammlung nach Abschluss zur Kenntnisnahme vor.
2. Der Vertrag darf nur abgeschlossen werden, wenn der Vorhabenträger die Finanzierung des Vorhabens und die Bonität der beteiligten Gesellschaften und Gesellschafter durch Bankauskünfte nachweist.“

Am Ende der Aussprache, an der sich die Stv. Janitzki, Merz, Nübel, Möller, Dr. Preiß sowie Dr. Deetjen beteiligen und nach zwei Sitzungsunterbrechungen (von 19:10 Uhr bis 19:17 Uhr und 19:20 Uhr bis 19:30 Uhr) wird von **Stv. Dr. Deetjen** für die Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP **beantragt, dass in die Vorlage ein neuer Punkt 1.1.3 eingefügt werde, der wie folgt lautet:**

„Der Magistrat wirkt beim Investor darauf ein, dass der Gebäudeenergieverbrauch deutlich unter den im Jahr 2011 geltenden gesetzlichen Standards liegt.“

Der Ergänzungsantrag wird mehrheitlich beschlossen
(Ja: CDU/SPD/GR/FDP/FW/1 LINKE/BLG; StE: 3 LINKE).

Beratungsergebnis:

Die so ergänzte Vorlage STV/3523/2011 wird mehrheitlich beschlossen (Ja: CDU/SPD/GR/FDP/FW; Nein: BLG; StE: LINKE)

10. **Abschluss eines gerichtlichen Vergleichs zwischen dem Landkreis Gießen und der Stadt Gießen betreffend die Abfallgebühren für die Jahre 2005 bis 2007 sowie den Monat Dezember 2008** **STV/3531/2011**
- Antrag des Magistrats vom 25.01.2011 -
-

Antrag:

„Dem Vergleichsvorschlag des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes vom 24.01.2011 (Az.: 5 B 138/11) wird zugestimmt.“

Beratungsergebnis:

Ohne Aussprache einstimmig beschlossen (Ja: CDU/SPD/GR/FDP/1 LINKE/FW, StE: 3 LINKE; Nicht anwesend: BLG).

11. Medienstandort Gießen

STV/3607/2011

**- Dringlichkeitsantrag der Oberbürgermeisterin vom
16.02.2011 -**

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen möge beschließen:

1. Mittelhessen mit seinem Oberzentrum Gießen stellt medienpolitisch einen wichtigen Standort für Gesamthessen dar. Der Hessische Rundfunk als Anstalt des öffentlichen Rechts hat den staatlichen Auftrag, in der Fläche präsent zu sein und eine adäquate Berichterstattung für die und in den einzelnen Regionen sicherzustellen. Hierfür bedarf starker Repräsentanzen vor Ort, welche identitätsstiftend wirken und das regionale Bewusstsein stärken.
2. Das HR-Studio in der Georg-Schlosser-Straße stärkt die Medienlandschaft Mittelhessens insgesamt. Um der Bedeutung Mittelhessens gerecht zu werden, muss dieses in seiner jetzigen Form erhalten werden.
3. Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen spricht sich uneingeschränkt für den Erhalt des HR-Studios in Gießen aus.
4. Der Magistrat wird beauftragt, mit dem Hessischen Rundfunk in Verhandlungen einzutreten, um den Standort in Gießen langfristig und umfangreich zu sichern.“

Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz begründet den Antrag.

Stv. Möller, CDU-Fraktion, spricht sich für den Antrag aus, schlägt jedoch vor, den Antrag dahingehend zu ändern, dass die Punkte 1 und 2 in die Begründung mit einfließen und als eigentlicher Antragstext die Punkte 3 und 4 bestehen bleiben. **Der Antrag lautet somit wie folgt:**

- „1. Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen spricht sich uneingeschränkt für den Erhalt des HR-Studios in Gießen aus.
2. Der Magistrat wird beauftragt, mit dem Hessischen Rundfunk in Verhandlungen einzutreten, um den Standort in Gießen langfristig und umfangreich zu sichern.“

Begründung:

Der Hessische Rundfunk beabsichtigt, das HR-Studio in der Georg-Schlosser-Straße nicht mehr in dem bisherigen Umfang weiterzubetreiben. Hintergrund hierfür sind Einsparmaßnahmen seitens des Hessischen Rundfunks.

Die Universitätsstadt Gießen hat im Jahr 2000 Umbaumaßnahmen in der Georg-

Schlosser-Straße im Wert von rund 845.000 EUR exklusive verwaltungsseitige Personalkosten durchgeführt, um den Standort des HR in Gießen zu sichern und den öffentlichen Auftrag zu unterstützen. Der Umbau wurde unter der Führung von einer vom Hessischen Rundfunk favorisierten Architektin vorgenommen. Hierbei wurden die technischen Voraussetzungen für den Betrieb des Studios geschaffen, wie beispielsweise Schallschutzmaßnahmen, Haustechnik etc. Anderweitige Nachfolgenutzungen sind demnach äußerst schwierig umzusetzen.

Der Mietvertrag wurde für eine Dauer von zehn Jahren abgeschlossen. Beiden Vertragspartnern war zu diesem Zeitpunkt bewusst, dass sich in diesem Zeitraum die Investitionskosten nicht amortisiert haben werden.

Die langfristige Förderung und Sicherung des Medienstandortes Gießen, auch als wichtiger Standortfaktor insgesamt, standen jedoch zum damaligen Zeitpunkt im Mittelpunkt der Entscheidung. Dies hat sich bis jetzt nicht geändert. Das HR-Studio muss in der bestehenden Form und am angestammten Platz erhalten bleiben.

Denn gleichzeitig befördert die Studio-Präsenz auch den Hochschulstandort Gießen. Viele wissenschaftliche Kommentare zu aktuellen politischen und wirtschaftlichen Fragestellungen können zeitnah eingeholt werden. Dies stellt die Stärke der Region auch bundesweit weiter heraus. Aus diesem Grund wirken solche Strukturentscheidungen auch wirtschafts- und bildungspolitisch.

Sofern die Studio-Präsenz aufgegeben wird, kann die Qualität der Berichterstattung nicht mehr aufrechterhalten werden. Dies schwächt die Region insgesamt und kann nicht hingenommen werden. Da die Intendanz des HR gegenüber der Universitätsstadt Gießen signalisiert hat, dass sie zu Gesprächen über die Zukunft des Standortes bereit ist, wird der Magistrat beauftragt, in entsprechende Verhandlungen einzutreten.

Mittelhessen mit seinem Oberzentrum Gießen stellt medienpolitisch einen wichtigen Standort für Gesamthessen dar. Der Hessische Rundfunk als Anstalt des öffentlichen Rechts hat den staatlichen Auftrag, in der Fläche präsent zu sein und eine adäquate Berichterstattung für die und in den einzelnen Regionen sicherzustellen. Hierfür bedarf starker Repräsentanzen vor Ort, welche identitätsstiftend wirken und das regionale Bewusstsein stärken.

Das HR-Studio in der Georg-Schlosser-Straße stärkt die Medienlandschaft Mittelhessens insgesamt. Um der Bedeutung Mittelhessens gerecht zu werden, muss dieses in seiner jetzigen Form erhalten werden.“

Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz übernimmt die vorgeschlagene Änderung.

Beratungsergebnis: Geändert einstimmig beschlossen.

Teil B (Anträge der Fraktionen, die ohne Aussprache behandelt werden):

12. Bericht zur Video-Überwachung am Rathaus **STV/3527/2011**
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 23.01.2011 -

Antrag:

„Der Magistrat möge berichten:

1. Wie hoch war der Anschaffungspreis einer Video-Kamera?
2. Wie hoch waren die gesamten Kosten für die Installation der Video-Überwachung außen um das Rathaus? Bitte geben Sie eine detaillierte Aufstellung aller Kosten, incl. sämtlicher Geräte, Materialien und weiteren Kosten.
3. Berichten Sie über den Stand der Inbetriebnahme der Video-Überwachung außen um das Rathaus?
4. Wie lautet die Stellungnahme des Hessischen bzw. die des städtischen Datenschutzbeauftragten?
5. Welches sind die Bedenken des Personalrates?
6. Gibt es für die Video-Überwachung ein Verzeichnisse?
7. In welchem Raum findet die Aufzeichnung der Kameras statt?
8. Wer sind die Zugangsberechtigten zu dem Aufzeichnungsraum?
9. Wann ist mit der Inbetriebnahme zu rechnen?“

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

13. Nutzung Alte Post **STV/3539/2011**
- Antrag der Bürgerliste Gießen vom 19.01.2011 -

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten im Zuge der Umgestaltung „Bahnhofsvorplatz“ Gespräche mit dem Eigentümer der Liegenschaft „Alte Post“ aufzunehmen, mit dem Ziel den Eigentümer von der Wichtigkeit der Sanierung, Verkaufs zu überzeugen.

Der Magistrat wird gebeten zu überprüfen, ob in weiteren Schritten der Weg der Ersatzvornahme beschränkt werden kann.

Weiterhin wird der Magistrat gebeten, ob in Gesprächen mit den Denkmalbehörden geprüft werden kann, ob gegen Denkmalschutzaufgaben bzgl. oben genanntem Objekt verstoßen wird und welche rechtlichen Schritte evtl. eingeleitet werden können.“

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

14. Historische Gussformen auf dem Bänninger-Gelände **STV/3540/2011**
- Antrag der SPD-Fraktion vom 20.01.2011 -

Antrag:

„Der Magistrat wird aufgefordert in Verhandlungen mit dem neuen Eigentümer des Bänninger-Geländes zu treten, um die historischen Gussformen vor der Verschrottung zu bewahren.“

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

15. Bericht zu den privaten Gärten an der Lahn **STV/3541/2011**
- Antrag der SPD-Fraktion vom 20.01.2011 -

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten bis zur nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung über die Situation privater Gärten an der Lahn zu berichten. Dabei sollen mind. folgende Fragen beantwortet werden:

1. Welche unmittelbaren Maßnahmen, die über den Rahmenplan zur Lahnaufentwicklung hinausreichen, sind getroffen worden, um Uferbereiche für die Bevölkerung zugänglich zu machen und gleichzeitig naturnah zu gestalten?
2. Wurden im Privateigentum befindliche Gärten bereits durch die Stadt erworben und wenn ja wieviele?
3. Gibt es mittlerweile Privatpersonen, die ihre Gärten, speziell im Bereich zwischen der Konrad-Adenauer-Brücke und dem Gelände des Rudervereins Hellas, der Stadt zum Verkauf anbieten?
4. Wenn ja, wie weit sind die Verhandlungen gediehen?“

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

16. Finanzielle und personelle Ausstattung des **STV/3542/2011**
Ordnungsamtes;
hier: Vermehrte Kontrolle von Seiten des Ordnungsamtes
bzgl. des ruhenden Verkehrs
- Antrag der Bürgerliste Gießen vom 19.01.2011 -

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten zu berichten:

- Wurde das Ordnungsamt in den letzten beiden Jahren personell und finanziell verbessert?
- Welche Stellen wurden erhöht und in welchem Zeitraum?
- Wurde der Fuhrpark des Ordnungsamtes erhöht?

- Auf welche Anweisung und mit welcher Begründung führt das Ordnungsamt mehr Kontrollen im Bereich des ruhenden Verkehrs durch.“

Stadtverordnetenvorsteher Gail weist darauf hin, dass der Antrag in der Sitzung des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschusses durch **die Antragstellerin** (auf Anregung des Stv. Merz) **um eine weitere Frage ergänzt wurde. Die Frage lautet wie folgt:**

„Wie ist der derzeitige Stand und wie sind die Erfahrungen mit der Fremdvergabe von Leistungen im Bereich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung?“

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache ergänzt einstimmig beschlossen.

17. Renovierung der Funktionsräume der Spielvereinigung Blau-Weiß STV/3548/2011
- Antrag der Bürgerliste Gießen vom 19.01.2011 -

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten zu berichten:

1. Wann und in welcher Höhe erfolgte die Schadensregulierung von Seiten der Versicherung?
2. Erfolgte die Erstattung in vollem Umfang oder in Teilzahlung?
3. Ist es zutreffend, dass eine Summe in Höhe von ca. 90.000 € bisher gezahlt worden ist und welchem Verwendungszweck wurde diese Summe bisher zugeführt?
4. Gibt es Auflagen von Seiten der Versicherung über die Verwendung?
5. Unter welcher Haushaltsstellenummer ist der Betrag verbucht?
6. Wann wird die Renovierung der Funktionsräume durchgeführt?“

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

18. Schreiben des MWB bzgl. Wasserversorgung STV/3549/2011
- Antrag der Bürgerliste Gießen vom 19.01.2011 -

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten zu berichten:

- Von wem wurde das Schreiben mit Briefkopf MWB, zur Bestätigung des Wasserbezugs, verfasst?
- Handelt es sich bei dem Schreiben um eine Mitteilung oder um einen Bescheid?
- Warum gibt es keinen Hinweis auf Rechtsmittelbelehrung?
- Warum gibt es keine Angabe von Konten und warum wird auf das InfoZentrum der SWG bei Nachfragen hingewiesen?

- Warum wurden die Kundendaten, wie entsprechende Abschlagsbeträge, nicht von der SWG an die MWB weitergeleitet? Laut Beschlusslage sind die SWG für die kaufmännische Betriebsführung weiterhin verantwortlich.

Der Magistrat wird gebeten, unverzüglich den beschlossenen Antrag der Bürgerliste vom 15.08.2010 in Punkt 1, *„Gibt es bereits Hinweise, dass der Stadtwerke AG eine Preissenkungsvergütung im Zusammenhang mit den Trinkwassergebühren ansteht“*, zu beantworten.“

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

Die Sitzung wird von 19:55 Uhr bis 20:42 Uhr für eine Pause unterbrochen.

Teil C (Anträge der Fraktionen, die *mit* Aussprache behandelt werden können):

- 19. Ehrung von Ria Deeg, Trägerin der Goldenen Ehrennadel der Universitätsstadt Gießen** **STV/3524/2011**
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 19.01.2011 -
-

Antrag:

„Der Magistrat wird gebeten, im Gedenken an die Antifaschistin und Trägerin der Goldenen Ehrennadel der Stadt Gießen, Ria Deeg, eine sichtbare Ehrung vorzunehmen und in der Plockstraße ein Gedenkstein mit der Nachbildung ihres Kopfes errichten, wo bereits andere Gießener Persönlichkeiten geehrt werden.

Auch der Widerstand von Ria Deeg sollte hier mit einem Denkstein gewürdigt werden - neben

* der Professorin Margarete Bieber, die 1933 von den Nazis entlassen wurde und in die USA emigrieren musste,

* der Pädagogin Hedwig Burgheim, die nach zahlreichen Repressionen 1943 von den Faschisten verhaftet, nach Auschwitz transportiert und dort ermordet wurde, sowie

* der in der Frauenbewegung engagierten und dem antifaschistischen Widerstand in der Bekennenden Kirche zugehörige Dr. Agnes von Zahn-Harnack.“

Stv. Wagener stellt für die Fraktionen CDU, B'90/Die Grünen und FDP folgenden Initiativantrag:

„Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten zu prüfen, welche Persönlichkeiten der Stadt Gießen in welcher Form sichtbar geehrt werden sollen. Es ist ein Konzept zu erarbeiten, das der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt werden soll.“

An der Aussprache beteiligen sich die Stv. M. Beltz, Dr. Krautheim und Wagener.

Beratungsergebnis:

Der Initiativantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP wird einstimmig beschlossen.

Die Vorlage STV/3254/2011 wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP/FW; Ja: SPD/LINKE/BLG).

**20. Winterdienst im Stadtgebiet STV/3525/2011
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 19.01.2011 -**

Antrag:

„Der Magistrat wird aufgefordert, für den Rest dieses Winters und schon für den Winter 2011/2012 Vorbereitungen zu treffen, um Geh- und Fahrradwege sowie Straßen so von Eis und Schnee zu befreien, dass diese Anlagen benutzbar sind.“

An der Aussprache beteiligen sich die Stv. M. Beltz, H. Geißler und Bürgermeisterin Weigel-Greilich.

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/SPD/GR/FDP/FW; Ja: LINKE/BLG).

**21. Ablehnung von Bundeswehrpropaganda an den Schulen STV/3533/2011
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 24.01.2011 -**

Antrag:

„Der Magistrat wird beauftragt, in Absprache mit den Schulleitern dafür zu sorgen, dass die Bundeswehr keine Propaganda in Gießener Schulen veranstaltet. Dazu gehört, die Bundeswehr weder zu Ausbildungsbörsen noch in den Politikunterricht einzuladen.“

An der Aussprache beteiligen sich die Stv. M. Beltz, Zippel, A. Greilich und Tanriverdi.

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/SPD/GR/FDP/FW; Ja: LINKE; Nicht anwesend: BLG).

**22. Entfernung des kriegsverherrlichenden Reliefs an der STV/3534/2011
Bergkaserne
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 24.01.2011 -**

Antrag:

- a) Der Magistrat wird aufgefordert, sich mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (Bima) in Verbindung zu setzen, um dafür zu sorgen, dass das an der Bergkaserne befindliche kriegsverherrlichende Relief entfernt wird.
- b) In diesen Beschluss sind die Gießener „Kultur-Initiative gegen den Krieg“, die sich im Jahr 2000 unter dem Motto „Es passiert was“ dazu ausführlich geäußert hat, die Gießener ANTIFA, die VVN-BdA und das Landesamt für Denkmalpflege einzubeziehen.“

Stadtverordnetenvorsteher Gail merkt an, dass die antragstellende Fraktion auf Anregung der Stv. Dr. Krautheim den **Punkt a) des Antrages in folgenden Wortlaut geändert habe:**

*„Der Magistrat wird gebeten, sich mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (Bima) in Verbindung zu setzen, um dafür zu sorgen, dass das an der Bergkaserne befindliche Relief **an Ort und Stelle erhalten wird und eine entsprechende Tafel zur historischen Einordnung angebracht wird.**“*

Weiterhin wird Punkt b) des ursprünglichen Antrags sowie die Begründung gestrichen.

An der Aussprache beteiligen sich die Stv. Zippel, A. Greilich und Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz.

Beratungsergebnis: Geändert einstimmig beschlossen.

**23. Rücknahme der Anliegergebühren
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 24.01.2011 -**

STV/3535/2011

Antrag:

„Der Magistrat wird aufgefordert, die von fast allen Bürgern als ungerecht empfundene Kostenbeteiligung bei Straßensanierung zu senken. Ziel muss letztendlich sein, die Anliegerbeitragsatzung zurückzunehmen.“

Stadtverordnetenvorsteher Gail teilt mit, dass auf Anregung der Stv. Koch-Michel **die antragstellende Fraktion ihren Antrag um folgende Frage ergänzt habe:**

„Sind zum jetzigen Zeitpunkt alle angefallenen Anliegergebühren auch abgerechnet worden?“

Beratungsergebnis:

Die so ergänzte Vorlage wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/SPD/GR/FDP/FW; Ja: LINKE/BLG).

- 24. Rücknahme der anfallenden Kosten bei Sperrung/Wiederaufnahme der Versorgung mit Strom und Gas durch die Stadtwerke (SWG) STV/3536/2011**
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 24.01.2011 -
-

Antrag:

„Der Magistrat wird beauftragt, über die stadteigene ‚Stadtwerke Gießen AG‘ dafür zu sorgen, dass die bisher anfallenden Kosten von ,91,98 EUR zzgl. weiter anfallender Kosten‘ bei Sperrung/Wiederaufnahme der Versorgung mit Strom und Gas bis zum Sommer 2011 entfallen.“

An der Aussprache beteiligen die Stv. M. Beltz, Bietz, Dr. Greilich, Becker und Janitzki.

Aufgrund der noch ausstehenden Antworten auf Fragen, die die Stv. Bietz in der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familie, Jugend und Sport gestellt hat, wird der Antrag in der Beratung bis zur nächsten Stadtverordnetensitzung zurückgestellt.

Beratungsergebnis: Zurückgestellt.

- 25. Sperrung der Philosophenstraße STV/3538/2011**
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 24.01.2011 -
-

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat,

1. die vorübergehende Sperrung der Philosophenstraße als Verkehrsversuch zu nutzen und durch Verkehrszählung den Einfluss der Sperrung auf die Verteilung des Verkehrs zu quantifizieren, und zwar a) auf die Nutzung des Gießener Ringes über die Anschlussstelle Wieseck und b) auf die Nutzung von Eichgärtenallee und Ringallee.
2. die Sperrung der Philosophenstraße mindestens bis zum 1. August 2011 aufrechtzuerhalten, um feststellen zu können, welche Auswirkungen dies auf das Vogelschutzgebiet Wieseckkaue hat.“

Die Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP stellen folgenden Prüfantrag:

„Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten zu prüfen, wie der Straßenkörper schnellstmöglich nach Abschluss der Frostperiode in einen dauerhaft befahrbaren Zustand versetzt werden kann.“

Stv. Koch-Michel, BLG, beantragt, die Vorlage wie folgt zu ergänzen:

„3. Der Magistrat wird aufgefordert im Rahmen seiner Möglichkeiten dafür zu sorgen, dass die Straße wieder befahrbar ist.“

An der Aussprache beteiligen sich die Stv. Janitzki, Bellof, Dr. Preiß, Oswald, Merz, Pukownick, Roth, Bellof und Bürgermeisterin Weigel-Greilich.

Beratungsergebnis:

- Der Prüfantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP wird mehrheitlich beschlossen (Ja: CDU/SPD/GR/FDP/FW; Nein: BLG; StE: LINKE).
- Der Ergänzungsantrag der Stv. Koch-Michel, BLG, wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/SPD/GR/FDP/FW; Ja: 2 LINKE/BLG; StE: 2 LINKE).
- Ziffer 1 der Vorlage STV/3538/2011 wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/SPD/GR/FDP/FW/1 LINKE; Ja: 3 LINKE/BLG).
- Ziffer 2 der Vorlage STV/3538/2011 wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/SPD/GR/3 LINKE/FDP/FW/BLG; Ja: 1 LINKE).

**26. Energiebericht 2010 STV/3543/2011
- Antrag der SPD-Fraktion vom 20.01.2011 -**

Antrag:

„Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten, umgehend dem Stadtparlament den bereits fertig gestellten Energiebericht 2010 der Stadtwerke Gießen AG vorzulegen. Dieser soll bis Ende der Wahlperiode durch den aktuellen Bericht des Magistrats ergänzt werden.“

An der Aussprache beteiligen sich die Stv. Janitzki, Grothe, Merz, Dr. Deetjen und Bürgermeisterin Weigel-Greilich.

Die SPD-Fraktion erklärt den Antrag für erledigt, da ein Bericht des Magistrats vom 08.02.2011 vorliegt (siehe Anlage).

**27. Ermittlungen in der Siedlung "Hunsbach" STV/3544/2011
- Antrag der BLG vom 19.01.2011 -**

Antrag:

„Seit Oktober 2010 ermittelt die Staatsanwaltschaft Gießen gegen die Eigentümer der Siedlung ‚Hunsbach‘ wegen Verunreinigung von Gewässern und Böden. Vor diesem Hintergrund bitte ich den Magistrat zu berichten:

1. Sind der Magistrat oder städtische Behörden ebenfalls Beteiligte der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen?

2. Welche Maßnahmen hat der Magistrat im Zuge der Ermittlungen gegenüber den Eigentümern angeordnet und umgesetzt?
3. Gibt es von Seiten des Regierungspräsidiums Auflagen, evtl. Gespräche darüber, die Angelegenheit ‚Hunsbach‘ bauleitplanerisch zu ordnen?
4. Bestehen für weitere ‚illegale Wohnungsnutzungen‘ im städtischen Raum, Wo und Welche, ähnliche Problematiken, wie die in der Hunsbach.
5. Wir der Magistrat gegen ihm bekannte ‚illegale‘ Wohnungsnutzung generell vorgehen? Falls ja, mit welchen Mitteln? Falls nein, warum dann in der Hunsbach?“

Stadtvorordnetenvorsteher Gail merkt an, dass die SPD-Fraktion in der Sitzung des Ausschusses für Planen, Bauen, Umwelt und Verkehr **den folgenden Initiativantrag gestellt habe:**

- „1. In welchem Stadium befindet sich der Bebauungsplan Hunsbach?
2. Wie viele genehmigte und ungenehmigte Bauten gibt es innerhalb des Bebauungsplanes Hunsbach bzw. innerhalb des Plangebietes?
3. Wie viele nichtgenehmigte Bauten gibt es innerhalb der Gemarkung Wieseck, ohne Hunsbach?
4. Wie sieht das Zeitfenster für ein eventuelles Nutzungsverbot bzw. Abriss in der Hunsbach aus?
5. Welche Rolle spielten die verschiedenen Ämter der Stadt Gießen bei den jüngsten staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen?
6. Aus welchem Grund wurde das Gebiet mit Strom versorgt?
7. Aus welchem Grund wurde der Deutschen Bundespost bzw. in der Nachfolge der Telekom gestattet das Gebiet mit Telefon und Internet zu versorgen? Die Kabel wurden mit Sicherheit nach dem Telefonwegerecht bzw. dem Telefonwegegesetz verlegt.
8. Gibt es in dem Gebiet Hunsbach landwirtschaftliche Gebäude, wenn ja, wie viele?
9. Wie ist zur Zeit die bauliche Rechtslage im Inselweg?“

Beratungsergebnis:

Der Initiativantrag der SPD-Fraktion wird einstimmig beschlossen.

Die Vorlage STV/3544/2011 wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/SPD/GR/FDP/FW; Ja: LINKE/BLG).

- 28. Erneute Stellungnahme der Denkmalbehörden bzgl. STV/3545/2011
Treppensembles am Bahnhofsvorplatz
- Antrag der Bürgerliste Gießen vom 19.01.2011 -**
-

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten zu berichten, ob mittlerweile

erneute Stellungnahmen der Denkmalbehörden zum Treppenensemble am Bahnhofsvorplatz vorliegen.

Ist der Magistrat in Gesprächen mit dem Landesamt für Denkmalpflege und bestehen schon Auflagen für die Umsetzung der Variante 3b.“

Beratungsergebnis:

Ohne Aussprache mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/SPD/GR/FDP/FW; Ja: LINKE/BLG).

29. Berechnung für eine dreispurige Ausbauweise der Konrad-Adenauer-Brücke **STV/3546/2011**
- Antrag der Bürgerliste Gießen vom 19.01.2011 -

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten, eine Kostenberechnung für eine dreispurige Ausbauweise der Konrad-Adenauer-Brücke in Stahlbetonbauweise vorzulegen.

Bei der Kostenberechnung ist die sogenannte ‚Behelfsbrücke‘ so zu konzipieren, dass sie in das endgültige Brückenkonzept mit einfließt.

Weiterhin wird der Magistrat gebeten zu berichten, wie der Knotenpunkt Lahnstraße planerisch in das Brückenkonzept mit eingebunden werden soll.“

Beratungsergebnis:

Ohne Aussprache mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE/BLG; StE: FW).

30. Planungen "Bahnhofsvorplatz"; **STV/3547/2011**
hier: Fördermittelbeantragung und Zeitraum der
Ausschreibung
- Antrag der BLG vom 19.01.2011 -

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten zu berichten,

- Ob ein mündlicher oder schriftlicher Zuwendungsbescheid über die beantragten Fördermittel zur Planung ‚Bahnhofsvorplatz‘ erfolgt ist.
- Falls nein, wurde von der zuständigen Stelle ein Zeitraum bzw. die Höhe der Fördermittel mitgeteilt?
- In welchem Zeitraum wird die Ausschreibung erfolgen?“

Beratungsergebnis: Wird von der Antragstellerin zurückgezogen.

- 31. Aufstellen von Wahltafeln für die Kommunalwahl am 27. März** **STV/3550/2011**
- Antrag der Bürgerliste Gießen vom 19.01.2011 -
-

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten, für den anstehenden Wahlkampf zur Kommunalwahl am 27. März die bisherigen Wahltafeln an die bekannten Standorte wieder aufstellen zu lassen.

Vielmehr sollte in Gesprächen mit den kandidierenden Listen darauf hingewirkt werden, dass nur eine begrenzte Anzahl von Plakaten im Anlagenring etc. angebracht wird.“

An der Aussprache beteiligen sich die Stv. Koch-Michel, H. Geißler, Merz, Möller, Janitzki und Bürgermeisterin Weigel-Greilich.

Beratungsergebnis: Wird von der Antragstellerin als erledigt erklärt.

- 32. Standortentscheidung der Firma Poppe**
- Dringlichkeitsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 17.02.2011 -
-

Antrag:

„Der Magistrat wird gebeten, sich für den Erhalt der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fa. Poppe einzusetzen und in der kommenden Sitzung darüber zu berichten. Hierzu sollen Gespräche mit der Geschäftsführung und den Mitarbeitervertretern geführt werden, die zum Ziel haben, für die Beschäftigten eine wohnortnahe Alternative zu erwirken.“

An der Aussprache beteiligen sich die Stv. Möller, Koch-Michel, Beltz, Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz und Stadtrat Scherer.

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

- 33. Sportplatz Ringallee für die Spielvereinigung Blau-Weiß Gießen und weitere Nutzer** **STV/3551/2011**
- Antrag der Bürgerliste Gießen vom 19.01.2011 -
-

Antrag:

„Der Stadtverordnetenbeschluss Vorlage STV/3014/2010 wird in Punkt 4 wie folgt beschlossen:

Nach Beendigung der Landesgartenschau wird der Spielvereinigung Blau-Weiß verbindlich zugesichert, dass sie an den Sportplatz Ringallee wieder zurückkehren kann. Der Sportplatz wird für die bisherigen Nutzer für den Spielbetrieb 2015 wieder

hergerichtet und steht diesen wieder im vollen Umfang zur Verfügung.

Der ursprünglich gefasste Beschluss in Punkt 4 entfällt und wird durch den neuen Text ersetzt.“

In der Sitzung des Ausschusses für Planen, Bauen, Umwelt und Verkehr ergänzte die Antragstellerin den Antrag folgendermaßen:

Der Stadtverordnetenbeschluss Vorlage STV 3014/2010 wird im Punkt 4 wie folgt neu beschlossen:

„Der Spielvereinigung Blau-Weiß wird verbindlich zugesichert, dass sie nach Beendigung der Landesgartenschau 2014 an den Sportplatz Ringallee wieder zurückkehren kann. Eine entsprechende schriftliche Vereinbarung wird zwischen der Spielvereinigung Blau-Weiß und der Stadt Gießen geschlossen.“

Der Sportplatz wird für die bisherigen Nutzer für den Spielbetrieb 2015 wieder hergerichtet und steht diesen wieder in vollem Umfang zur Verfügung.

Beratungsergebnis:

Wird von der Antragstellerin bis zur nächsten Sitzung in der Beratung und Beschlussfassung zurückgestellt.

**34. Berichts Antrag zum Aufsichtsrat der Stadttheater GmbH
(Antrag der Die Linke.Fraktion vom 19.04.2010 , STV/3032/2010);
hier: Aussprache zum Bericht des Magistrats vom 15.11.2010**

Stv. Janitzki nimmt Stellung zur vorliegenden Antwort des Magistrats vom 15.11.2010. Die Antwort ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

An der kurzen Aussprache beteiligen sich Stv. Janitzki und Stadtrat Scherer.

**35. Bericht zum geplanten Kletterwald am Schiffenberg (Antrag der Die Linke.Fraktion vom 16.08.2010, STV/3242/2010);
hier: Aussprache zum Bericht des Magistrats vom 10.11.2010**

Stv. Janitzki nimmt Stellung zur vorliegenden Antwort des Magistrats vom 10.11.2010. Die Antwort ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

An der kurzen Aussprache beteiligen sich Stv. Janitzki und Bürgermeisterin Weigel-Greilich.

- 36. Berichts Antrag zur Partizipation heimischer Betriebe an Konjunkturprogrammen**
(Antrag der SPD-Fraktion vom 07.06.2010 , STV 3131/2010);
hier: Aussprache zum Bericht des Magistrats vom 12.11.2010
-

Stv. Nübel nimmt Stellung zur vorliegenden Antwort des Magistrats vom 12.11.2010. Die Antwort ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

- 37. Bericht Kosten- und Folgekosten Rathausneubau** *(Antrag der SPD-Fraktion vom 16.08.2010, STV/3255/2010);*
hier: Aussprache zum Bericht des Magistrats vom 15.11.2010
-

Stv. Merz nimmt Stellung zur vorliegenden Antwort des Magistrats vom 15.11.2010. Die Antwort ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

- 38. Verschiedenes**
-

Stadtverordnetenvorsteher Gail weist darauf hin, dass die nächste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 24.03.2011, 18:00 Uhr, stattfindet.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der **Vorsitzende** die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

DER VORSITZENDE:

(gez.) G a i l

DER SCHRIFTFÜHRER:

(gez.) K n o t h